

Antrag

der Abgeordneten Johannes Singhammer, Dagmar Wöhrl, Karl-Josef Laumann, Veronika Bellmann, Dr. Rolf Bietmann, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Klaus Brähmig, Alexander Dobrindt, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), Erich G. Fritz, Dr. Michael Fuchs, Hans-Joachim Fuchtel, Dr. Reinhard Göhner, Kurt-Dieter Grill, Helmut Heiderich, Ernst Hinsken, Robert Hochbaum, Volker Kauder, Dr. Martina Krogmann, Dr. Hermann Kues, Wolfgang Meckelburg, Friedrich Merz, Laurenz Meyer (Hamm), Dr. Georg Nüßlein, Dr. Joachim Pfeiffer, Hans-Peter Repnik, Dr. Heinz Riesenhuber, Franz Romer, Kurt J. Rossmanith, Hartmut Schauerte, Max Straubinger und der Fraktion der CDU/CSU

Standort Deutschland – Innovation und Wachstum stärken durch Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland braucht mehr Wirtschaftswachstum, um den Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen gerecht zu werden. Eine zentrale Voraussetzung dafür ist eine starke Industrie, deren Exporterfolge im internationalen Wettbewerb auf einer kontinuierlichen technologischen Weiterentwicklung sowie einem freien Welthandel und ungehindert fließenden Investitionsströmen basieren. Eine starke Industrie ist auch die Grundlage für eine erfolgreiche Dienstleistungsbranche, die besonders im profitablen produktionsnahen Bereich zahlreiche Arbeitsplätze bereitstellt.

Der Niedergang ganzer Industriebranchen, wie er seit Jahren beobachtet werden kann, bedroht jedoch zunehmend das Fundament deutscher Arbeitsplätze und damit unseren Wohlstand. Deutschland hat seit Anfang der 90er Jahre insgesamt rund 25 Prozent seiner Industriearbeitsplätze verloren. Ziel muss es sein, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass die Innovationskraft gestärkt wird, die Investitionen in die Produktion erhöht werden und mehr Arbeitsplätze vor allem auch in der Industrie und damit auch im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich entstehen können.

Darüber hinaus gilt es, im Rahmen einer modernen Wirtschaftspolitik, Clusterbildung zu fördern, gleichzeitig aber auch Branchenvielfalt durch die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zwischen Unternehmen und Zulieferern, zwischen Traditions- und Hightechbranchen zu stärken. Die Beteiligung des Mittelstandes an der technologischen Entwicklung muss auf allen Ebenen und in allen Bereichen unterstützt werden. Bestehende Kristallisationspunkte für Technologiecluster müssen erhalten und neue zusätzlich aufgebaut werden.

Eine wirksame innovative Standortpolitik zeichnet sich dadurch aus, dass sie die zunehmenden Interdependenzen sowohl zwischen Wissenschaft und Wirtschaft als auch innerhalb der Branchen beachtet und diese Bindungen als Voraussetzung für produktive Wertschöpfungsketten unterstützt. So ist beispielsweise Produktion ohne Forschung und kontinuierliche Innovation langfristig in Deutschland aufgrund des internationalen Kostendrucks zum Scheitern verurteilt. Gleichzeitig gilt jedoch auch, dass große Teile insbesondere der anwendungsorientierten Forschung ohne Nähe zur Produktion auf Dauer in Deutschland nicht zu halten wären.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Wachstumskräfte der deutschen Wirtschaft zu stärken und überflüssige Regulierung zügig durch einen wirksamen Bürokratieabbau zu bekämpfen, um endlich mehr Beschäftigung zu schaffen,
2. den kausalen Zusammenhang zwischen der technologischen Kompetenz stärker, im internationalen Wettbewerb stehender deutscher Unternehmen und dem Erhalt und Aufbau von Arbeitsplätzen zu akzeptieren,
3. industriepolitische Interventionen zu unterlassen und zu verhindern, dass benachbarte EU-Mitgliedstaaten ihrerseits mit solchen Interventionen den freien Wettbewerb der Marktteilnehmer unterbinden oder verfälschen,
4. durch eine konsequente Position in der europäischen Beihilfepolitik die Erfolge insbesondere beim wirtschaftlichen Aufbau in den östlichen Bundesländern zu sichern,
5. Forschung und Wissenschaft insbesondere bei den Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts wie z. B. den Life-Science-Technologien deutlich zu verstärken,
6. eine stärkere Vernetzung – vertikal zwischen Wirtschaft und Wissenschaft als auch horizontal innerhalb der Branchen – zu fördern und damit den Aufbau neuer technologischer Kristallisationspunkte zu unterstützen,
7. ihre Politik konsequent auf die Stärkung des deutschen Wirtschaftswachstums und die Schaffung neuer Arbeitsplätze auszurichten und dies als oberste Prioritäten festzuschreiben,
8. wachstumsschädliche Initiativen auf nationaler wie auch internationaler Ebene (z. B. der derzeitige „REACH“-Verordnungsentwurf der EU-Kommission sowie die verschärfte Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinie in nationales Recht) zu verhindern bzw. wachstumsfreundlich umzugestalten,
9. bei europäischen Zusammenschlüssen, beispielsweise in der Luft- und Raumfahrtbranche oder der Wehr- oder Werftenindustrie, Eingriffe anderer Regierungen zu Lasten der deutschen Interessen am Erhalt technologischer Kompetenz und entsprechend qualifizierter heimischer Arbeitsplätze zu verhindern,
10. deutschen Unternehmen mehr Hilfestellung bei internationalen Aktivitäten zu leisten.

Berlin, den 14. Dezember 2004

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion